

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Christleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen &c. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 3.

Berlin, den 19. Januar 1908.

9. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Streikversicherung der Arbeitgeber-Verbände.** — Die „Gelben“. — Rundschau: Weitere Klündigungen von Vertretern Sohnversicherungen. Jugendliche Arbeiter und Lehrlinge. Die Westdeutsche Arbeiterzeitung. „Berliner Erziehung“. Der Generalsrat. Gelbsteuerung und Industrie. Die „Schulerie“ des Zimmerer. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Ein ungetreuer Kassierer. Düren. Mannheim. Alsbagen. Bochum. Gemenrich. Haarlem. Köln-Ehrenfeld. Lügde. Bönenbusch. Mengerstich. Boppard. — Aus Arbeitgebervereinigungen: Von den Arbeitstellen. — Briefkarten. — Befreiungserklärungen. — Versammlungsstörer. — Sierbassel. — Anzeigen.

## Streikversicherung der Arbeitgeber-Verbände.

Die Rüstungen der Unternehmerorganisationen gegenüber organisierten Arbeitern haben in den letzten Jahren hauptsächlich auf die Schaffung von Streikversicherungen hingezieht. Es wurden besondere Kassen eingerichtet, aus denen alle von einem Streik oder einer Ausperrung betroffenen Unternehmer ganz oder teilweise schadlos gehalten werden. Für die Arbeitgeberorganisationen ist diese Einrichtung ganz besonders beachtenswert und gefährlich, weil dadurch die Widerstandskraft des einzelnen Unternehmers gestärkt und die Kostenschäfte wesentlich länger und heftiger werden müssen. Eine genaue Beobachtung dieser Rüstungen im Unternehmerlager ist mithin für die Gewerkschaften äußerst notwendig, wenn wir nicht die gegnerischen Kräfte unterdrücken und die verhängnisvollen Weiterungen einer solchen Unterlassung verhindern wollen.

Stärker ist von dem wirklichen Umfang der von Arbeitgeberverbänden errichteten Streikversicherung wenig in die öffentliche Welt gekommen. Die letzte Nummer des „Arbeitsmarktes“ (Februar 1907) bringt nun einen Artikel über „Die weitere Entwicklung der Streikversicherung bei Arbeitgeber im Deutschen Reich“, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Es unterscheiden zwei großen zentralen Streikentschädigungsgesellschaften getrennt werden. Für die dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ angehörenden Verbände und Gesellschaften soll die Rückversicherung in der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ erfolgen; für die den „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ angegliederten Verbände (s. S. 44) in dem „Schutzverband gegen Streiksäden“.

Die Gesellschaft des ersteren Vereins nimmt nur Gebäude als Mitglieder auf, die diesem selbst angehören. Einzelfirmen werden nicht aufgenommen. Der Beitrag an die Rückversicherungsgesellschaft prüft die Ursachen des Streiks nicht. Dies überlässt sie den einzelnen Verbänden. Sie prüft nur, ob diese selbst ihre fälligen Verpflichtungen erfüllt und namentlich, ob sie Beiträge bereits bis zum Maximalzins erhoben haben. Entschädigt werden  $12\frac{1}{2}$  vom Hundert des täglichen durchschnittlichen Verdienstes der beschäftigten Arbeiter. Bei Ausperrungen vermindert sich die Leistung in Abstufungen nach der Zahl der Ausgesperrten. Die Auszahlung der Entschädigung ist von der Höhe der vorhandenen Mittel abhängig. Die Unterstützungen werden nur jährlich gezahlt.

Die Rückversicherungsgesellschaft der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ erhebt nur  $\frac{1}{4}$  vom Laufend der in den angehörenden Verbänden verdienten Arbeitssätze. Sie behält deshalb ihre Leistungen mehr als die erstgenannte Gesellschaft. Die Unterstützung tritt erst ein, wenn der Streik länger als einen Monat dauert und mehr als ein Prozent der beschäftigten Arbeiter umfasst. Die Unterstützung darf für jeden Werktag nur ein Dreitausendstel der Jahreslohnsumme des Verbändes und die tägliche Leistung der Gesellschaft nicht mehr als ein Dreitausendstel der am Schlupf des Vorjahres vorhandenen Mittel betragen. Dafür aber werden die Unterstützungen entgegen der oben beschriebenen Gesellschaft sofort gezahlt.

Zu der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller Dr. Stroemann in Eisenach auf der Arbeitsnachwisonkonferenz äußerte, welche der Schlussstein dieser Bestrebungen gegen Streikenden eine große Streikentschädigungsgesellschaft sein, die sämtliche deutschen Industriegruppen umfaßt.

Was nun die Entschädigungs klassen der einzelnen Verbände, die in den genannten großen Streikentschädigungsgesellschaften ihren Rückhalt finden sollen, betrifft, so ist aus dem Geschäftsbericht der am 20. März 1907 stattgefundenen ordentlichen Ausschüttung der Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen folgendes hervorzuheben:

Die Zahl der Gesellschaftsmitglieder, welche sich am 1. Januar 1906 auf 742 Firmen mit 119 443 Arbeitern und einer Lohnsumme von 139 Millionen M. bezeichnete, ist im Laufe des Geschäftsjahrs auf 1048 Firmen mit rund 160 000 Arbeitern und einer Lohnsumme von 185 Millionen M. gestiegen. Die Gesellschaftsmitglieder verteilen sich im Jahre 1906 auf 29 Betriebsverbände des Gesamtverbandes gegenüber 22 Betrieben im Vorjahr. Außerdem waren der Gesellschaft noch 22 eingetragene angeschlossen. Die im Berichtsjahr geentshädigungsberichtigten 235 Firmen wurden als entshädigungsberichtigte anerkannt. Auf Streiks entfallen als Entschädigungsberichtigte anerkannte Werkstage 313 539, auf Ausperrungen 542 741. An die entshädigungsberichtigten Ausperrungen für das Jahr 1906 534 059,07 M. zur Verteilung. Der Ausperrungsfonds liegt am 31. Dezember 1906 einen Betrag von 42 304,60 M. auf.

Am 28. Mai 1906 hat die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller mit noch vier Streikentschädigungsgesellschaften eine Rückversicherungsgesellschaft, die

Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, gegründet, über deren Beitritt und Beitragsbedingungen oben schon berichtet wurde. Bei den 5 Mitgliedern der Rückversicherungsgesellschaft waren 285 896 Arbeiter mit einer Lohnsumme von 308 261 000 M. beschäftigt. An einschätzungspraktischen Tagen wurden für das zweite Halbjahr 1906 zusammen 263 203 nachgewiesen, für welche 58 260,79 M. gezahlt wurden. 17 763,93 M. Überschuss wurden auf das neue Jahr vorgetragen.

Bis zum 22. Juli 1907 waren 13 Gebäude mit rund 330 000 Arbeitern und 360 000 Millionen Jahreslohnsumme der Gesellschaft angeschlossen.

Eine Erhöhungsinformation der Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller dafür bestätigt, daß der Mitgliedsbeitrag von 1 M. auf  $8\frac{1}{2}$  pro 1000 M. der Jahreslohnsumme unter Wegfall der Nachschußpflichtigkeit erhöht wurde, ist mit dem 1. Januar 1907 in Kraft getreten.

In der Holzindustrie hat eine Zusammensetzung im Arbeitsschutzverband für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden. Dieser Arbeitsschutzverband ist der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen angeschlossen. Vor dem Abschluß an die letztere Gesellschaft gestaltete sich die Streikunterstützung in den letzten Jahren so, daß im Durchschnitt pro Streittag und Arbeiter 20—25 Pf. Vergütung bezahlt wurden. Bis Ende vorigen Jahres wurden über 100 000 M. an Streikunterstützung gezahlt, u. a. erhielt der Düsseldorfer Bezirkverein bei dem Streik im Jahre 1906 rund 11 500 M.

Der Geschäftsbereich der Streikunterstützungshauptkasse des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe für das Geschäftsjahr 1906/07 (April zu April) ist folgendes zu entnehmen. In Abrechnung der vielen mit Lohnbewegungen bedachten Ortsgruppen und der zu bezeichnenden effektiven Streiks, sowie ferner mit Rücksicht darauf, daß nach der Satzung nur die Jahresentnahmen zu Entschädigungen vermieden werden darf, sah sich der Aufsichtsrat wie die Vorstandshaft genötigt, von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch zu machen, und zu beschließen, daß durch eine Ausperrung nur jenen Ortsgruppen eine Entschädigung gutet werden soll, die länger als 10 Tage an derselben beteiligt waren, und daß die zu leistenden Entschädigungen im allgemeinen entsprechend zu reibigen seien.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden für Entschädigungen an die Ortsgruppen Essen, Bochum und Emsland zusammen 1634,40 M. und im Frühjahr 1907 an 22 Ortsgruppen 40 561,70 M. in Summa 42 196,10 M. bezahlt. Nach dem Stande vom 31. März 1906 gehörten der Streikentschädigungskasse 72 Ortsgruppen mit 1784 Mitgliedern und 15 668 Arbeitern an. Neu hinzugekommen 14 Gruppen mit 296 Mitgliedern und rund 1700 Arbeitern. Das Vermögen beträgt 86 050,68 M.

Neben den bisher genannten ist noch die Tätigkeit von zwei gemischten Verbänden hier zu erörtern, das ist: die Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen und die Streikunterstützungsgesellschaft des bayerischen Industriellenverbandes.

Der Zweck ersterer Gesellschaft ist, Arbeitseinstellungen in den Betrieben ihrer Mitglieder zu verhindern und die wirtschaftlichen Folgen von unvermeidlichen Arbeitseinstellungen zu mildern. Mitglied dieser Gesellschaft kann jeder Arbeitgeber werden, welcher dem Verband sächsischer Industrieller angehört. Das Recht der Entschädigung beginnt für die bei der Gründung beteiligten Firmen 6 Wochen, für später beigetretenen Firmen 90 Tage, nachdem das betreffende Mitglied die Nachricht von seiner Aufnahme erhalten hat. Das Eintrittsgeld beträgt für die bei der Gründung beteiligten Firmen 50 Pf. für 1000 M. der Jahreslohnsumme. Der jährliche Mitgliedsbeitrag kann auf 3 M. von 1000 M. erhöht werden, wenn der Vorstand mehr Entschädigungen zu bewilligen veranlaßt setzt sollte, als der nach der letzten Jahresrechnung ausgewiesene Entschädigungsfonds beträgt. Die Mitglieder können bei Arbeitseinstellungen in ihren Betrieben die Bewilligung einer Entschädigung beanspruchen, auf welche ihnen jedoch ein flagbarer Anspruch nicht zusteht. Der Vorstand kann für jeden durch die Arbeitseinstellung ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Personals bewilligen. Die volle Entschädigung von 25 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausgesperrten Arbeiter kann nur bewilligt werden, wenn die Zahl der bei einer einzelnen Firma ausgesperrten Arbeiter 500 nicht übersteigt.

Für weitere ausgesperrte Arbeiter können folgende Entschädigungen bewilligt werden:

Prozentatz	z. durchschnittlichen
von 501 bis 1000	pro Ausgesperrten $12\frac{1}{2}$
1001 „ 2000	7 1/2
2001 „ 4000	5
über 4000 „	2 1/2

Der Mitgliedsbestand ist seit der Gründung von 468 auf 875 Firmen gewachsen.

Die oben zu zweit genannte Gesellschaft des bayerischen Industriellenverbandes hält sich auf den folgenden Sätzen auf:

Mitglied kann jeder Arbeitgeber werden, der einen Gewerbetrieb im Königreich Bayern ausübt. Der Beitrag beträgt 3 M. vom Laufend der Jahreslohnsumme. Bei Arbeitstreits hat jedes Mitglied das Recht, einen Entschädigungsantrag an die Gesellschaft zu richten. Über die Gewährung einer Entschädigung entscheidet eine Kommission aus drei Mitgliedern. Gegen die Entscheidung dieser Kommission steht dem Antragsteller die Berufung an ein unparteiisches Schiedsgericht zu. Die Entschädigungen werden alljährlich am Ende des Jahres ausbezahlt. Als Entschädigung werden 25 Prozent des Arbeitslohnes pro Tag und streikenden Arbeiter bewilligt. Um kleinere Gewerbetreibenden, denen mit einer sofortigen Hilfe gedient ist, entgegenzukommen, wurde bestimmt, daß acht Tage nachstellung des Entschädigungsantrages eine vorläufige Entschädigung gewährt wird. Um aber zu jedem Zeitpunkt den Verpflichtungen

nachkommen zu können, wurde festgesetzt, daß an Vorschüssen pro Tag nicht mehr als ein Tausendstel des letzten Jahresetats ausbezahlt wird. Von dem am Jahresende übrigbleibenden Geldern werden 20 Prozent dem Reservefonds zugeführt. Dieser hat den Zweck, in dringenden Fällen eine höhere Entschädigung als fällungsgemäß vorgesehen ist, zu gewähren, oder die Möglichkeit zu bieten, zu einem anderen Entschädigungsmodus überzugehen. Außerdem will die Gesellschaft auch bei Ausperrungen eine Entschädigung gewähren, und zwar bis zu 250 Ausgesperrten in voller Höhe, über 250 bis 7000 Personen mit  $12\frac{1}{2}$  Prozent des Tagelohnes, bei noch mehr Ausgesperrten mit einem noch geringeren Soze.

Alle bis her gesprochenen Verbände haben sich der Entschädigungsgeige des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände angegeschlossen, welcher auch von den dem Arbeitgeberverband im vergangenen Industriejahr angehörigen Verbänden 108 Mitglieder mit einer Lohnsumme von 13 518 120,02 M. beigetreten sind.

Der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie, welcher der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angehört, ist, zählte am 31. Dezember 1906 571 Mitglieder, die 96 500 Arbeiter beschäftigen. Der Gesamtbetrag der an die Mitglieder von der Hauptstelle gezahlten Entschädigungen betrug für das Jahr 1906 rund 1200 M.

Die Bewegung ist heute noch im Fluß. Deshalb läßt sich auch noch kein Gesamtüberblick gewinnen über die Zahl der einer Streikunterstützungsgesellschaft angegeschlossenen Firmen, über die Höhe ihrer Vermögen und die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Die hier wiedergegebenen Angaben über Zahl der Betriebe usw. sind auch um deswillen nicht vollständig, weil verschiedene Verbände aus tatsächlichen Gründen zahlennähere Angaben nicht zu machen wünschen.

So weit das „Reichsarbeitsschiff“. Das letztere muß unseres Erachtens doppelt unterstrichen werden. Die meisten Unternehmerverbände werden ihre Karten nicht offen legen. Deswegen Beachtung haben aber die Gewerkschaften dieser Frage zu widmen, und auch ihre Taktik — nämlich erhöhte Opferwilligkeit zu pflegen und starke Kriegsläufen zu schaffen — demgemäß einzutragen.

## Die „Gelben“

Es will nachgerade scheinen, als ob die „gelbe Gefahr“, das heißt die Gefahr, die einer gewissen Entwicklung der deutschen gewerkschaftlichen Arbeitgeberbewegung infolge der Ausbreitung der sogenannten „Gelben“ Gewerkschaft droht, doch eine größere ist, als man anfangs annnehmen möchte. Nicht, daß diese Entwicklung in den Fällen etwa dieser „gelben“ Organisationen, ihrem innern Strukturen und wirtschaftlichen Wert läge! Denn sonst könnte man eben nicht von einer „gelben Gefahr“ sprechen! Die Art und Weise vielmehr, wie man die „gelbe“ Idee in den verschiedensten Spielarten in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft einzumischen sucht, vor allem über die Idee selbst mit ihrer Erziehung der Arbeiterschaft zur Müdig- und Weinigmöglichkeit, zur Feindseligkeit, mit ihrer Vernichtung des Standesbewußtseins und der Selbstachtung in derselben sind es, die die „gelbe“ Gefahr so bedrohlich erscheinen lassen. Wie die einzelnen Spielarten der „gelben“ Gewerkschaften sich nun auch nennen mögen, ob Werkvereine, Spar- und Brämentvereine, veteränische, reichsteure Arbeitervereine, Industrieverbände usw. usw., im Wesen sind sie alle gleich und nach dem Urteil des nach steigender Anteilnahme am Kulturschatz unserer Nation hinzufließenden Teils der deutschen Arbeiterschaft nicht nur überflüssig und arbeiterschädigend, sondern geradezu eine soziale und nationale Gefahr. Nach dieser Richtung hin ist nun von großem Interesse die Stellungnahme der christlich-nationalen Gewerkschaften, welche der Gesamtverband der selben in einer soeben herausgegebenen Broschüre, „Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben Frankreichs.“ (Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag, 76 S., M. 0,50, portofrei 0,60) präzisiert. Die Gründer der „Gelben“, so heißt es hier in dem Kapitel: Was die deutsche, nichtsozialdemokratische Arbeiterschaft von den „Gelben“ hält (S. 65 ff.), geben vor, in die gelben Bewegung ein Gegengewicht gegen die klassenverherrschenden und antinationalen Tendenzen der Sozialdemokratie die Freiheit der Überzeugung, der Organisation und der Selbstsicherheiten zu wollen. Demgegenüber heißt es mit Recht in der Broschüre:

So wie die Verhältnisse bei uns noch liegen, erfordert es die Gerechtigkeit zu sagen: Die hier angeborenen Kulturgüter der deutschen Arbeiterschaft sind nicht nur, mit Ausnahme vielleicht der offenen antinationalen Propaganda, von den Übergriffen der Sozialdemokratie, sondern gleicherweise von dem Übermut der Vertreter des Scharfmachertums bedroht. Davor sprechen die Gelben allerdings nicht. Aber gesetzt den Fall, die Gründer der Gelben wollten wirklich — wie sie vorgeben — ehrlich und selbstlos, im Interesse der Volkswohlfahrt und des Gedächtnisses der Nation die begegneten Zielen verfolgen, dann aber würde sich von selbst die Frage auftreten: Haben wir nicht eine kraftvoll sich entwickelnde und aussichtsreiche christlich-nationale Arbeiterschaft, die ideell und praktisch nach der angegebenen Richtung hin — und mit großem Erfolg — wirkt? Ist den Herren die geistig-sittliche, im christlichen und Nationalbewußtsein wurzelnde Kulturarbeit der seit Jahrzehnten bestehenden evangelischen und katholischen Arbeitervereine nicht bekannt? Nicht die Künste, die unsere christlichen Gewerkschaften täglich um das Recht einer christlichen und nationalen Überzeugung innerhalb der Arbeiterschaft, um Organisation und Arbeitsfreiheit gegenüber ihren sozialdemokratischen Gegnern auszufechten — Künste, in denen der Staatsanwalt bestrebt und naturgemäß verfügen muß?

Ja der Tat ist es denn auch weniger etwa die Sorge um die nationalen Güter der deutschen Arbeiterschaft, die die Hintermänner der „Gelben“ zur Gründung der gelben Organisationen veranlaßte, als die Abneigung gegen jede selbständige, nach



unsere Industrie von gefährlichen Krisen ausgesetzt werden. Voraussichtlich wird in den nächsten Tagen eine Herabsetzung des Reichsbank-Diskontsatzes von  $7\frac{1}{2}$  auf  $6\frac{1}{2}$  heruntergehen, nachdem die Bank von England gleichfalls um 1% zurückgegangen ist. Eine Verbilligung des Geldes wird wohl trotzdem langsam vor sich gehen, eben infolge der allgemeinen Unsicherheit.

Die „Schurkerei“ des „Bimmerer“. In Nr. 50 der „Handelszeitung“ vom vorigen Jahre berichteten wir von Berbst, sich selbst drei Bimmerer, Mitglieder des sozialdemokratischen Bierbrauerverbandes, von der dortigen Zahlstelle genannten Verdettes, deshalb ausgeschlossen würden, weil sie auch Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins waren. Das nannte der „Bimmerer“ eine „neue Schurkerei“ der „christlichen“ Braugewerkschaft, denn der Verband (b. h. der Hauptvorstand in Hamburg, nicht die Ausschüsse) habe den Ausschluß abgelehnt, und das habe der „Schurke“, die drei Bimmerer seien in die Zahlstelle der („freien?“) Bierbrauer in Berbst hineingeschickt worden, um sich auszutun zu lassen, denn wenn notorischen Schurken der Agitationszweck ausgehe, dann verfielen sie auf solche Manipulationen. Dazu ist nun mehr der „christliche Evangelische Arbeiterbote“:

"Der evangelische Arbeiterverein in Herbst hat einen be-  
gutten Monat hinter sich. War doch an vier Zimmerer  
und zwei Maurer, die dem evangelischen  
Arbeitervereine und zugleich dem „freien“  
Verbande angehörtten, von dem Vorstande des  
„freien“ Zimmerer- und des „freien“ Maurer-  
verbandes das Anstimen gestellt worden, ent-  
der aus dem evangelischen Arbeitervereine  
zu scheiden oder aus dem Verbande aus-  
schlossen zu werden. Entrüstet wiesen unsere Wit-  
tner wieder das Anstimen zurück, aus dem Verein auszutreten. Einer  
Zimmerer trat sofort aus dem Verbande aus. Die  
anderen wurden durch einstimmigen Beschluss  
dieser Zahlstellenversammlung ausgeschlossen  
und dieser Ausschluß im „Volksblatt“ mit der  
Hauptung begründet, der evangelische  
Arbeiterverein gäste nur Streikbrecher. Es  
wäre ein Leichtes, diese Behauptung zu widerlegen. Die Vor-  
stände der „freien“ Zahlstellen der Maurer und Zimmerer in  
Hamburg standen aber vollständig blamiert da, als der Zentral-  
ausschuss in Hamburg den Ausschluß der drei Zimmerer ablehnte.  
Nun folgedessen ist es nun, soviel wir wissen, zu einem Ausschluß  
vom Maurer bisher noch nicht gekommen.

Welche nöble und ehrliche Kampfweise aber schließlich in dieser Angelegenheit von sozialdemokratisch erachtete wieder angewendet worden ist, dafür nur ein Beispiel. Indienie „Baugewerkschaft“, das Organ der christlichen Bauhandwerker, veröffentlicht in ihrer Nr. 50 b. S. in scharfer, aber sachlicher Weise von dem oben berichteten Ausschluß der drei Zimmerer durch die Zahlfamilie Berbst. Das nennt der „Zimmerer“, das Organ des „freien“ Einzimmerserverbandes eine „Schurkerei“. Den nun der Berichterstatter in der Baugewerkschaft habe wissen müssen, daß der Verband den Ausschluß abgelehnt habe. Die Mitteilung davon ist aber erst am 2. Dezember in der Bahnhofstrefferversammlung in Berbst gemacht worden, während der Artikel schon am 15. Dezember erschienen war. Wo liegt also hier die „Schurkerei“? Wo liegt ferner die „Schurkerei“, wenn der „Zimmerer“ keine lebe Spur von Beweis die Behauptung aufstellt, daß die drei Zimmerer seien vom evangelischen Arbeiterverein in die „freie“ Bahnhofszelle Berbst hineingeschickt worden, um sich ausführlich zu lassen, während diese von Jahrzehnern dem „freien“ Verband angehörten, ehe überhaupt der Berbst der evangelische Arbeiterverein wurde? Es ist über nun allen Mitgliedern des evangelischen Arbeitervereins in Berbst klar geworden, daß sie nicht in die sogenannten „freien“ Gewerkschaften hineingehören, und sie werden die nötigen Folgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen. Wenn wenn der Vorstand in Hamburg ihren Ausschluß für jetzt abgelehnt hat, so ist es unseres Erachtens nur eine taktische Maßregel, dictiert von der Sorge, es möchte durch den Ausschluß die Einheitsleit des zum 1. April d. J. geplanten großen Bauarbeiterstreiks in Berbst gefährdet werden.“

Dem etwas hinzuzufügen, hieße die Sache nur abschwächen. Halten wir im Tone des „Zimmerer“ reden, dann müßten wir diesen in der Redaktion des „Zimmerer“ muß ein „ehrloser Zimmerer“ und „Schurke“ sitzen, der „hubenhaft“ genug ist, andern all die Schlechtigkeiten zu unterschieben, die er selbst besitzt. Kommen gelegentlich nicht nur auf diese, sondern auch auf andere Dinge zurück.

# Wirtschaftliche Bewegung.

Braug fernhalten: Weisenburg i. G., Aussperrung (Maurer  
Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Elberfeld (Fliesenleger), Sperre  
die Firma Kummehöller, Barmen-Rittershausen, Bochum  
Sperre über Herrmann Wingenfeld), Säckingen und Berg  
Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter). Gesperrt  
was Baugeschäft Herrmann in Bischofstein, Düsseldorf, Essen  
Ruhr. (Dachdecker.) Wegen Nichtinnehaltung des Tarifs  
wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission über  
die Firma Wilhelm Esch die Sperre verhängt. Essen, Ruhr  
(Maurer) Sperre über den Zwischenmeister Helmrich (St.  
Kreisliche) in Rüttenscheid. Elberfeld-Barmen (Fliesenleger)  
Sperre über die Firma Broß und Hommelssched. Wahlen i. W.

Zeitung über die Firmen Bernhard Glürenbrock und Schulte Bernhard.  
**Bezirk Köln.**  
**Köln.** (Zimmerer.) Seit Oktober beschäftigte sich unsere  
Stelle mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Am  
Oktober fand die erste gemeinsame Kommissionsitzung mit  
sozialdemokratischen Verbänden statt. In dieser Sitzung  
stellt man sich dahin, daß die bevorstehende Lohnbewegung  
gemeinschaftlich eingeleitet und durchgeführt werden solle. Be-  
schlossen wurde ein gemeinsames Schreiben an die Innung  
enden, in welchem beantragt wird, daß die Tarifverhand-  
lungen in Zukunft nicht durch den Gesellenausschuß, sondern  
Organisation zu Organisation stattfinden sollen. Bezüglich  
Forderungen erzielte man sich im wesentlichen auf folgende

te: Arbeitszeit neun Stunden, ab 1. Januar 1908 65 Pf., 1. April 1909 68 Pf. Stundenlohn. Lohnzahlung jeden arbeitend vor Feierabend. Für Überstunden 15 Pf. Zug. Bei Arbeiten über 20 Meter Höhe, sowie Katholikenarbeitszeit 10 Pf. Zuschlag. Nacharbeit mit 50 und Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag. Bei auswärtigen Arbeiten Vergütung kost und Logis. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorläufige Aushändigung des Lohnes und der Arbeitspapiere. übrigen Bestimmungen des alten Tarifvertrages sollten beibehalten werden. Die Versammlungen stimmten diesen Vorderrungen einstimmig zu. Die Sämtlingsmeister lehnten jedoch den Vorschlag ab, den Tarif von Organisation zu Organisation zu beraten, um tätigen ab und beharrten darauf, die Verhandlungen nur dem Gesellenausschuss zu überlassen. Die Sämtlingsmeister vertraten, einen neuen Fokus in den neuen Tarif aufzunehmen, wonach der Lohn bei Richtungsmitgliedern pro Stunde zehn Pf. mehr betragen sollte und die Gesellen für die Durchführung eintreten sollten. Diese Bestimmung wurde abgelehnt, und der Gesellenausschuss beauftragt, diesem aus die Zustimmung zu verleihen. Da die Verhandlungen zwischen Gesellenausschuss geslossen werden mussten, stimmten

die Organisationen nunmehr zu. Ein Tarifentwurf der IG  
wurde als Grundlage der Verhandlungen angenommen.

llich erklärten die Unternehmer, daß das ihr äußerstes Angebot sei. Beztiglich der sich ergebenden Schwierigkeiten bei den Richtungsmästern würden sie sich schon mit den Gesellen verständigen. Nach dem Tarif der Innung sollte der Lohn im Jahre 1908 keine Aufbesserung erfahren, dagegen im Jahre 1909 52 Pf. und im Jahre 1910 65 Pf. betragen. Der Tarif sollte zum 31. Dezember 1910 Gültigkeit haben. Der Gesellenausschuß berichtete, daß die Unternehmer nicht zu bewegen gewesen wären, auf wesentliche beantragte Verbesserungen einzugehen. Der Beschluss wurde nur Annahme oder Ablehnung des Tarifes sein. Angefangs der bevorstehenden Arbeitssuchts- und Wiedergutmachungsfeststellung der Arbeitgeberverbände im kommenden Frühjahr, beschloß die Kommission, in den Versammlungen die Annahme des Tarifes zu empfehlen. In der Mitgliederversammlung vom 9. Dezember wurde der Tarif von den Kollegen scharrifiziert. In der vorliegenden Form wurde denselben nicht bestimmt, sondern weitere Abänderungsanträge gestellt, um dann sollte der Lohn schon nächstes Jahr 62 Pf. betragen. Dann sollte nicht nur beim Richten von Turmhelmen über 25 Meter die Vergütung in Kraft treten, sondern überhaupt bei Arbeiten über 25 Meter Höhe. Des weiteren sollte der Gesellenausschuß bezüglich der Bestimmung mit den Richtungsmästern Vorsicht walten lassen. Diese Abänderungsvorschläge wurden der Kommission und dem Gesellenausschuß überwiesen. Des weiteren wurde die Kommission beauftragt, nach freier Abstimmung der späteren Gestaltung des Tarifes zugestimmen. Der sozialdemokratische Verband hatte in der ersten Versammlung den Tarif mit  $\frac{2}{3}$  Stimmen abgelehnt. Nachdem der Gesellenausschuß nach nochmaliger Sitzung keine weiteren wesentlichen Verbesserungen erzielt hatte, hat dann der sozialdemokratische Verband mit  $\frac{2}{3}$  Majorität den Tarif angenommen. Der Gesellenausschuß, der bisher ganz von „freier“ Seite steht, hat dann am 19. Dezember den Tarif durch Unterschrift anerkannt. Die Kommission unseres Verbandes stimmt darauf dem Vertrage ebenfalls zu. Wir Zimmerer haben somit wieder einen Vertrag bis Ende 1910. Wenn der Vertrag nicht so große Lohnsteigerung bringt wie die Lohnsteigerung der letzten Jahre, so bietet er doch immerhin eine Lohnhöhung von insgesamt 5 Pf. Stundenlohn. Das ist angefangs der schlechten Konjunktur und der starken Entwicklung der Arbeitgeberverbände in nennenswerter Erfolg. Möge daher jeder Zimmergeselle einsehen lernen, wie notwendig die Stärkung der Organisation ist. Sei daher jeder ein Agitator. In der Zukunft findet die Gesellenausschüßwahl nach dem Verhältniswahlsystem statt, dann wird auch unsere Organisation im Gesellenausschuß vertreten sein. Daher, ihr Zimmerer Freunde, arbeitet mutig an dem Aufbau unserer christlichen Organisation. Dem Mutigen gehört die Welt.

## **Verbandsnachrichten.**

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige  
Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fach-  
organs. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstag-  
morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Ein ungetreuer Kassierer.** Zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde der Maurer Steigels aus Vaal im Kreise Ertelshausen, derselbe war Hilfskassierer der Verwaltungsstelle M.-Gladbach; er unterschlug die einlassierten Beiträge und verdurstete, als er berechnen sollte. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis; das Gericht ging infolge seiner bisherigen Unbescholtenheit und seinem Geständnis auf zwei Monate herunter. Möge die ne Rahmung sein für diejenigen, die es mit der Verwaltung wissender Gelder nicht ganz ernst nehmen. Schlimmer noch als zwei Monate abzufügen, ist dauernd gebrandmarkt zu sein.

### **Stithkasten.**

Düren. Ganz eigenartige Käuze sind einige Genossen aus dem Dürener Stofflaturverband. Trotzdem hier keine christliche Stofflatur des Zentralverbandes christlicher Handwerker und Bauhelfsarbeiter besteht, leben dieselben ständig in Angst und Schrecken, daß diejenigen aus ihren Kreisen, die Genossenmoral im sozialdemokratischen Stofflaturverband schon lange fett sind, zur Gründung eines christlichen Stofflaturverbandes schreiten würden. Es tagen nicht viele Versammlungen, in denen nicht der eine oder andere Genosse den Weißfiebern von der „Schlechtigkeit und Verkommenheit“ der christlichen Gewerkschaften etwas vorschwindelt. Diese guten Ge-

offen haben dazu aber auch allen Unlaut. Haben dieselben  
och als „alleinige Organisation“ einen Tarif abgeschlossen, der  
erartige konfuse Bestimmungen enthält, die ein Hohn auf die  
Arbeiterrechte sind. In den meisten Versammlungen klagen  
die Mitglieder über die Unkollegialität der Mitglieder. In  
Art. 50 des „Stuttgarter“ ist auch wieder ein Versammlungsbericht  
im heimselben wird wieder folgendes Klageschied angestimmt. Es  
heißt: „Verschiedene Kollegen rügten den Vorstand, weil er  
unterlassen hatte, die Kollegen, die der Fikiale noch Gel-  
den, im Fachorgan zu veröffentlichen, trotzdem es We-  
nig bei der letzten Versammlung war. Die Schuld der Nach-  
lässigkeit ist dem Ressorter beizumessen, der die Liste der Schuldner  
nicht herausgeben will. Sodann wurde das Verhalten des Kol-  
legen Johann Enwentspohl scharf gerügt, weil derselbe einem anderen  
Kollegen zu Unrecht den Laufpass gegeben. Die Versammlung be-  
stimmte, dem Kollegen Enwentspohl sein rigoros Verhalten schrift-  
lich vorzuhalten. (Ist das aber eine Interessenvertretung.)

erichtet wird geflagt, daß ein Unternehmer gesagt habe, die jüngeren Stofftäteure sollten diesen Winter schwärz werden von jüngerer. Der Schriftführer gibt dann noch folgende Erinnerung: „Wer an eug richte ich die Worte, und bekräftigt sie: Besuchte Versammlungen besser! Müssten wir doch die letzte Versammlung um eine Stunde verlängern, weil nur fünf Kollegen anwesend waren.“ — Das ist das Bild von der Einigkeit und der Interessenvertretung des sozialdemokratischen Verbandes in Düren. Statt hier nach dem rechten zu sehen, schreiben dieselben Genossen in derselben Nummer des „Stofftaeur“ von einer im christlichen Gewerkschaftskreis einberufenen Versammlung, die Kirchsrath einen, eine ganze Spalte langen Artikel, in dem sich echt sozialdemokratischer Art, die Rede des Kollegen Kalitz fälscht. Unterschleierungen gemacht werden, um so seine Worte abzuwandeln. Die Genossen tun sich ebenfalls, nach eigentlichen sozialdemokratischer Muster, selbst Bobabeln, um sich als geistige Geistesgrößen erscheinen zu lassen. Die Welt will nunmehr, daß in Düren solche Geistesgrößen sitzen. Wie gewagt es ist, sich mit solchen Größen zu messen, zeigt das Geschreibe im „Stofftaeur“, wovon wir einige Stückproben geben: „Der Referent (Kalitz) führt aus, daß es im größten Jahrhundert keine Arbeiter gegeben habe, sondern nur Meister und Lehrlinge, die „freien“ Gewerkschaftler behaupten zwar, sie seien verantwortige Herren und die Christlichen wären Dachsen.“ In dieser Aussicht sollen dann die Genossen Serbos, Kronako und Bülau Referenten Kalitz hinuntergelegt haben; u. a. soll Bits dem Referenten „hart“ entgegengetreten sein, indem er die christliche Organisation als Zersplitterter hinstellte, die durch die Hölle der Geistlichkeit gegründet, der christlichen Organisation soll Bits die Scheindaten in Mannheim, Düsseldorf und Köln Erinnerung gebracht haben. Was fürche habe man den Genossen Vordenbauer überhaupt nicht zu Wort kommen lassen! Er dieses ließ, der sollte meinen, daß nunmehr die Christen gejährt werden. Sedoch die Sache ist anders. Dasselbe gilt für Schlußwort des Mannheims, die Worte vom Geschäft

Er wies den Genossen ihre Heuchelei nach, die, wenn es damit etwas zu tapern gibt, auch auf ihre „christliche Überzeugung“ pochten. Er wies ihnen nach, daß es keine anderen waren als die Genossen Frische und v. Schweizer, die gar nicht Arbeiter waren, die die Verspaltung der deutschen Arbeiterbewegung dadurch herbeiführten, daß sie in die bestehenden Organisationen den sozialistischen Geist hineinpflanzten. Er wies Ihnen auch das schändliche Verhalten in der Düssener Versammlung mit ihrem Menschenredder Wartels nach, wo sie den Redner der Christlichen einfach niederschrien. Er wies Ihnen auch nach, wo die Streitredner in Wirklichkeit standen. Beleuchtete den schändlichen Arbeiterverrat des sozialdemokratischen Stuttgarter verbands, wo verselbe 28.000 M verpuschte, um christliche Arbeiter brotlos zu machen. Dieses hatte den roten „Geistesgrößen“ natürlich nicht gefallen, daher erklärt sich auch der Kagger, daß sie im „Stuttgarter“ in der obigen Weise gegen den Kollegen Salz zettern. Zum Schluß möchten wir den Geistesgrößen noch empfehlen, den „Grundstein“ Nr. 30 von 1896 zu studieren, da werden die „frei“organisierten Stuttgarter als Hyänen des Schlachtfisches bezeichnet. Des weiteren die Nr. 29 des „Freien Malers“, wo den „frei“organisierten Stuttgatern nachgewiesen wird, daß dieselben auf Anweisung des Centralvorstandes Streitdruck verübt haben.

**Mannheim.** Am 22. Dezember fand im sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus eine öffentliche Gipser- und Stuhlsäure-Versammlung statt, mit der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zum Abschluß des Tarifes.“ Die Versammlung war im Verhältnis mittelmäßig besucht. Von unserer Seite war eine größere Anzahl Kollegen erschienen. Bei der Eröffnung wurde betont, daß die jetzigen Verhältnisse hier am Platze keine rostigen wären; ferner wurde auch festgestellt, daß wir gegenwärtig mit 70 Indifferanten zu rechnen haben. Auch hier konnten es die Genossen nicht unterlassen, den Christlichen eins auszuwischen, was ihnen allerdings nicht gelang. Wir werden noch öfter Gelegenheit nehmen, den großen Mauselßen auf die Finger zu klopfen. Es ist uns nicht darum zu tun, auf jede Einzelheit einzugehen, aber eins muß doch richtig gestellt werden. In dem Bericht in Nr. 1 des „Stuhlkateuren“ vom 4. Januar heißt es nämlich, daß die Christlichen allein die Schuld an der Betriebsplitterung trügen und dadurch die Indifferanten gezogen hätten. Wir bemerken hierzu, daß aus unseren Reihen keine Indifferanten stammen, sondern daß sämtliche 70 bis jetzt festgestellte von dem „freien“ Verband sind. In der Versammlung wurde lebhaft für und gegen die Kündigung des bestehenden Vertrages debattiert. In geheimer Abstimmung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, den Tarif zu kündigen. Nun, Kollegen, liegt es an euch, fleißig zu agitieren, damit bis zum kommenden Frühjahr jeder Kollege organisiert ist, und zwar in dem Christlichen Bauhandwerker- und Bauhilfsarbeiterverbande. Besucht fleißig die Versammlungen in nächster Zeit, damit in der Tariffrage etwas wirklich Gediegernes geschaffen wird.

卷之三

Maurer.

Mbagen. Am 29. Dezember fand im Saale des Herrn Albert Buch unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der Kollege Sievering als Referent erschienen war. Vor Erledigung der Tagesordnung verlas der Vorsitzende den Bericht von der Bezirkskonferenz zu Paderborn. Dann wurde zur Vorstandswahl übergegangen. Es wurden gewählt: Christian Oetmann als erster, Ferd. Voß als zweiter Vorsitzender; Herm. Schlegel als erster, Heinr. Strud als zweiter Schriftführer; Joh. Bleßmann als Stafierer; Aug. Schenle und Friedrich Grüne sen. als Redakteure und Andr. Bleßmann und Friedr. Marg als Vertrauensmitarbeiter. Nachdem der bisherige Vorsitzende den neu gewählten Vorstand an seine Pflichten erinnert hatte, wurde dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag erteilt. Er wies auf die Konjunktur und die Lohnkämpfe der letzten Zeit hin, und auf das Bestreben der Unternehmer, die jetzige Geldkrise nach Kräften zum Schaden der Arbeiterschaft auszuüben. Desgleichen unterzog er den Mustertarif des Arbeitgeberbundes einer scharfen Kritik. Dann ermahnte er einige anwesende indifferenten Kollegen, sich dem Verbande anzuschließen, weil nach dem Beschluss der Generalversammlung des Arbeitgeberbundes doch alle Kollegen, ob organisiert oder nicht, dasselbe Schicksal zu teilen hätten. In der Diskussion gedachte ein Kollege in einigen herzhaften Worten des Mbagener Poliere, wie sie sich allzusehr auf den Standpunkt der Arbeitgeber stellten, wo doch allein durch den Verband die Löhne der Poliere ebenso gestiegen sind, wie die der Maurer. Wenn ein Polier auch nicht als Agitator tätig sein könnte, so sollte er doch die organisierten Kollegen nicht durch allerlei Schikanen vom Verband abwendig zu machen suchen. Als der Kollege Sievering noch einige Bemerkungen über diesen Punkt gemacht hatte, ging er dazu über, das Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaften in das rechte Licht zu stellen. Mit einem dreisachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, resp. die Arbeitsteile Maurer wurde die ziemlich gut be-

**Bodrum.** (Wer betreibt Taktik?) Zum allgemeinen magt man bei Verbrechern die Erfahrung, daß sie die ihnen zur Last gelegte Nebelstät abzuleugnen suchen. Treibt man sie aber in die Enge und stellt ihnen Augen gegenüber, dann suchen sie ihre Vergehen dadurch abzuschwärzen, daß sie erläutern, nicht nur ich, sondern auch andere begangen solche Fehler. Neulich so handelten auch viele Sozialdemokraten und deren Gewerkschaftler. Bekannt ist, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftler fast überall, wo sie in einem Betriebe oder an einer Arbeitsstelle in einer größeren Zahl vertreten sind, diejenigen Arbeiter, die nicht auf ihre Fahne schwören wollen, mit Gewaltmitteln zu gewinnen suchen, und falls dieses nicht gelingt, dieselben arbeits- und brotlos machen. Kommt aber polischer Terrorismus fall in die Öffentlichkeit, dann sind es die Herren Genossen, die dieses abschreiten. Da aber in den letzten Jahren unendlich viele „Terrorismussfälle“ der „sozialdemokratischen“ Arbeiter, vor Gericht festgestellt wurden, versuchen es die Genossen, in ihren Versammlungen und speziell in ihrer Presse auch die christlichen Arbeiter des Terrorismus zu bezichtigen. Speziell das sozialdemokratische „Bodumer Volksblatt“ bestrebt es in den letzten Wochen, mehrere Fälle von christlichem Terrorismus festzustellen. 1. Soll der Kollege Anton Weise einen Polier in Langenbrecher aufgefordert haben, die Sozialdemokraten zu entlocken und an deren Stelle christliche Maurer einzustellen. 2. Soll der Polier am Theaterbau in Ehrenfeld und an den Kloniebauten in Hordel bei der Einstellung von Arbeitern vergessen haben, zu fragen, ob sie christlich seien. Dadurch wäre es vorgekommen, daß auch einige rote „Fechte“ sich eingefunden hätten. Diese könnten dann aber nichts recht machen und würden so gequält, daß sie von selbst losren gingen. 3. Sollen auf dem Theaterbau in Ehrenfeld vier „frei“ organisierte Bauhelfsarbeiter terrorisiert sein, weil sie es abgelehnt hatten, in den christlichen Verband einzutreten. Wie verhält es sich mit diesen drei Fällen? 1. Gelegenheit einer Faulontröse fragte der Polier auf dem Bau Hegerfeld in Langenbrecher dem Kollegen Weise, daß jetzt so viele von seinen Mauern abreissen. Darauf sagte Weise: „Na, wenn sie Leute gebrauchen, dann sagen Sie mir Bescheid, dann werden wir welche schaffen.“ 2. Hat am Theaternbau Ehrenfeld der Polier unseres Wissens noch keinen neuemittelenden Arbeiter nach seiner Gesinnung oder seiner Organisationszugehörigkeit gefragt. Auf genannter Baustelle hat der Maurer Kippel acht Wochen lang allein als sozialdemokratisch organisierten Maurer gearbeitet, ohne irgendwelche Mithelferstellen zu erfahren. Der genannte Maurer Kippel rügte es füraltlich sehr, daß seine Genossen vom Neubau der See-

größer Kaufmann einen christlich organisierten Maurer aus der Arbeit verdrängen wollten. 3. Auf dem Theaterneubau Eckenfeld nahmen vier Baufitsarbeiter die Arbeit auf, wofür sie sofort von unsern Kollegen befragt wurden, ob sie organisiert seien. Da sich herausstellte, daß nur einer organisiert war, wurden die übrigen drei selbstverständlich erachtet, sich unserm Verbande anzuschließen. Nachdem die Baufitsarbeiter eine Zeitlang gearbeitet hatten, forderte der organisierte den Postler auf, ihnen Vorwurf zu geben, was der Postler jedoch ablehnte. Darauf erklärte der Arbeiter: Dann höre ich auf, was er und seine drei Kollegen denn auch tun. Dieses soll nun der handelnde „christliche Terrorismus“ sein. Wir wollen den Genossen erklären, daß unsere christlichen Gewerkschaften auf solch edlen Grundsätzen aufgebaut sind, daß wir nicht mit dem Terrorismus zu arbeiten brauchen, sondern wützigere Waffen haben, um unsere Bewegung zu stärken. Bei den „freien“ Gewerkschaften ist dieses natürlich anders.

**Gemessen.** Am Sonntag, den 5. Januar, tagte unsere regelmäßige Generalversammlung, welche gut besucht war. Bevor die Tagesordnung eingetreten wurde, hielt unser Vorsitzender, Kollege Van Berg es für seine Pflicht, mit einigen herzlichen Worten allen für das dem Vorstande entgegengebrachte Vertrauen im vergangenen Jahre zu danken. Auf der Tagesordnung stand folgendes: Abrechnung des letzten Quartals, Jahresabschluß der Bahnhofstelle, Mitteilung über Bestand der Volkskasse und Neuwahl eines Vorstandes. Die vom Kassierer Joseph Körffer ausgeführte und vom Koll. Simon Cormann vorgelesene Abrechnung war von den Kollegen für gut befunden worden. Dem Kassierer wurde Nachfrage erteilt. Die durch geheime Stimmabgabe erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: V. Van Berg, erster, Th. Vandersanden zweiter Vorsitzender; Simon Cormann, erster, Joseph Körffer zweiter Schriftführer; Anton Wilden, erster, Joseph Körffer Mitglieder; Th. Vandersanden und Peter Jephers als Delegierte. Als Kassierer wurden gewählt: die Kollegen Körffer, Strüben und Wilden. Alle nahmen die Wahl dankend an und verbrachten nach Prüfung mitzunehmenden zum Wohle des christlichen Bauhandwerkerverbandes. In seinem Schlußwort erinnerte der Vorstehende jeden Neugewählten an seine Pflicht und ermahnte zu raschtem Eifer der zum Gelingen unserer guten Sache und zur Aufstellung unserer Behauptung.

**Datum:** Am der am 28. Dezember u. 28. Ratsgefundenen Mitgliederversammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Zahlen der rückständigen Beiträge, sowie der Extrabeiträge. 2. Vorstandswahl. Mit dem Zahlen der Extrabeiträge gab es sehr schlecht aus, denn viele Kollegen hielten es nicht für nötig, diese zu zahlen; mit den Wochenbeiträgen haben sie ihre Pflicht erfüllt. Soweit dieser Punkt erledigt war, schritten wir zur Vorstandswahl. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege Wilhelm Schardt II, als zweiter Vorsitzender Kollege Johann Jung, als erster Schriftführer Kollege Gottfried Hofmann, als zweiter Schriftführer Kollege Simon Reip, als erster Kassierer Kollege Wilhelm Wagner, als zweiter Kassierer Kollege Georg Salmon. Zu Revisoren wurden die Kollegen Georg Wagner II und Theodor Weber gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und verbrachten, für die Betriebsinteressen voll und ganz einzutreten. In Verhinderung stellte der Vorstehende den Antrag, einen Laienkollegen zu wählen; dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und wurde Kollege Wilhelm Ky hierzu bestimmt. Mit einem ersten Ratsvotum des Vorsitzenden, die Versammlungen fleißiger zu besuchen, und die Versammlung ihr Ende.

**Königsberg,** 29. Dezember 1907. Da in letzter Zeit der Betriebsaufschwung bei uns viel zu wünschen läßt, so waren die Kollegen zur heutigen Versammlung durch besondere Einladungsschreiben eingeladen worden. Die Versammlung war dann auch eingetauscht und besucht. Diese Gelegenheit wurde nun auch dazu benutzt, die Vorstandswahl vorzunehmen. Es werden gewählt resp. wieder gewählt: als erster Vorsitzender Koll. A. Schröder, als erster Kassierer J. Dorf, als erster Schriftführer H. Thamm. Als Revisoren, die zugleich Beisitzer im Vorstand sein sollen, die Kollegen Schwartzenberg und Seeger-Johannischer Betriebsmann, Koll. Beuster, ermahnt die Kollegen, den Vorstandsmitgliedern die Arbeit zu erleichtern, dadurch, daß ein jeder märtet und mitteilt zum Wohle des einzelnen Mitgliedes, als auch zum allgemeinen Wohle der Bahnhofstelle. Nach der Vorstandswahl fand eine lebhafte Aussprache über den von Arbeitgeberverband für das Baugewerbe unterbreiteten Tarif statt. Bei den Kollegen herrschte eine Meinung darüber, daß vieles in dem Tarif völlig unannehmbar für die Arbeitnehmer sei. In bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit im Winter, ging die Ansicht der Kollegen davon, daß bis jetzt noch immer bei einigermaßen guten Willen es sich hätte ermöglichen lassen, eine Stunde zu arbeiten. Wenn mir der Arbeitgeber nun auf den Standpunkt stelle, daß keine Verkürzung der Arbeitszeit mehr zu lösen, dann ist es nicht mehr als logisch, daß auch die aufdringliche Forderung im Winter beizubehalten sei. Gegenübergestellten die Kollegen dagegen, daß der Tarif für Überlebende, Nicht- und Sonnentagsarbeit genutzt werden sollte. Das meinten auch die Kollegen der Sankt, daß wenn in Zukunft am Ende der fünfzige Winter, 1908/09, Sonnentagsarbeiter nur den tatsächlich festgelegten Tarif erhalten sollten, es die längste Zeit gedauert haben dürfte, daß es überhaupt noch tägliche Sonnentagsarbeiter gäbe. Die Arbeitgeber würden es, namentlich bei knapper Arbeit schon so zu beschaffen versuchen, daß sie keinen Arbeiter mehr den tatsächlich festgelegten Tarif zu zahlen brächten. Indem, wer sollte das entscheiden, wer täglich und wer nicht täglich sei. In Zeit der Arbeitgeber hätte keine rechtliche Kenntnis, und wenn der Arbeitgeber dieses zu entscheiden haben würde, so sei hierdurch dem Schwartzenberg und der Sonnentagsarbeiter Tarif und Tarif geöffnet, denn vielfach welche doch nicht der wirklich leistungsfähige Arbeiter den für 2 1/2-tägige bestimmten Tarif erhalten, sondern derjenige, der am besten schwänzen kann. Auch mancher andere Punkt wurde diskutiert, zum Schluß verbrachten die Kollegen, mehr wie bisher für unsere Sache zu arbeiten, damit auch in Zukunft ein Tarif zu laufen kommt, der nicht nur Rechte für die Arbeitgeber vorzeigt, sondern der auch Rechte für die Arbeitnehmer erhält.

**Leipzig.** Am Sonntag, den 26. Dezember 1907, fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Cormann eröffnete die Versammlung, wenn weiter Chemnitz, welche von den Kollegen als in Ordnung erklärt wurde, kommt. Der Kassierer die Eröffnung eröffnete. Als erster Vorsitzender wurde Anton Spiller, als zweiter Heinrich Sommer, als Schriftführer Johann Becker und Rudolf Michel als Schriftführer. Schon Becker und Rudolf Michel als Schriftführer. Schon Becker und Heinrich Sommer noch zu schwachen Wilhelm Eickel und Joseph Bodecker gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Am Anfang berichtete unser einige Kollegen auf die Entwicklung zu berichten und erläutern, doch an jeder Kollegen die Entwicklung zu berichten und erläutern. Da jetzt die Kollegen offen und wieder zu sprechen, so daß noch einige Kollegen mit einer Erklärung zu laufen. Sie waren daher begeistert, besonders diejenigen, welche zusammen zu leben, trotz der Entwicklung noch nicht beginnen soll. Nun kam es noch beschlossen, daß die nächsten Kollegen zu Ende den Eröffnungsbericht in der Sache beenden mögen, da es in der Sache beenden mögen. Unter Vorbehalt erklärte dann, daß die Eröffnungsbericht auf der Generalversammlung im Januar beschlossen werden soll und wenn nicht zu leicht ist. Eine Menge an den Posten, welche Sache in der letzten Versammlung mit einem zu wenig an die Versammlung

eingeschlagen. Bezug von 105,90 M. balanciert, wurde dahin beantwortet, daß es unterlassen werden sei, die Belege für Kranken- und Sterbeunterstützung einzuzenden. Die Sache wird berichtigte. Einen glänzenden Sieg konnte den heimkehrenden Kollegen von der letzten Stadtverordnetenwahl mitgetragen werden, da wir unseren Kandidaten mit großer Majorität durchbrachten.

**Lüdenscheid.** Unsere diesjährige Generalversammlung war bedauerlicherweise sehr schlecht besucht. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Kassierer den Kassenbericht; dieser wurde von den Kassierern bestätigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bevor zur Vorstandswahl übergegangen wurde, unterzog der Vorstehende die Lauheit und Gleichgültigkeit der Mitglieder einer herben Kritik. Kaum ist der Kampf und Streit beendet und eine ordentliche Vorausbesetzung erzielt, zog die Gleichgültigkeit und Ruhe ein. Zugem., „die andern“ arbeiten ja. Anstatt daß die Kollegen jetzt mit allem Eifer mitarbeiten, die Organisation ausbauen, helfen, die Versammlungen besuchen, ziehen sie es vor, auf ihre Art die teure Zeit zu vergeuden. Alas der Vorstandswahl gingen hervor die Kollegen Jos. Lamberg als erster, C. Kessel als zweiter Vorsitzender, Jakob Scheen als erster, Stephan Kessel als zweiter Kassierer, Johann Kahl als erster, Wilh. Schopp als zweiter Schriftführer. Die Kollegen nahmen die Wahl dankend an und verbrachten, die übernommenen Pflichten und Arbeiten treu zu erfüllen. Es wurden dem Kassierer für seine Arbeiten fähig 8 M. aus der Volkskasse bewilligt, sowie dem Kassierer von jedem Mitglied monatlich 5 Pf., weil in den Wintermonaten der Prozentsatz so gering ist. Bei Punkt Verschiedenes sprachen viele Kollegen ihr Bedauern darüber aus, wie schlecht es hier noch mit dem gesuchten Baufachschul in bezug auf Buden- und Gerüstbau aussieht. Von einem Kollegen wurde der Antrag gestellt, zwei Versammlungen im Jahre festzulegen, wo das Richtertheil der Mitglieder bestraft würde. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 20. Oktober tagende Generalversammlung beschließt, in stimmungsl. Die Mitglieder, welche die Generalversammlungen im März und Oktober nicht besuchen und keine begründete Entschuldigung vorlegen können, werden mit 25 Pf. bestraft. Dieser Betrag ist für die Mitglieder unserer Zahlstelle bindend. Offensichtlich wird dies auch dazu beitragen, doch wenigstens zweimal im Jahre die Mitglieder kostspielig in der Versammlung zu feiern. Das E. ist wieder für ein Jahr bei Wm. Lennert gewählt, wofür die alte Lage bestehen bleibt. Zum Schlußwort erinnerte der Vorstehende die neu gewählten Vorstandsmitglieder, ihre Pflichten treu zu erfüllen, ebenso auch die Mitglieder. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Mengenkirchen.** Sonnabend, den 28. Dezember fand unsere diesjährige Generalversammlung, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Der Kassierer Koll. Wilhelm Meijer erstattete den Kassenbericht. Die Gesamtentnahme betrug 125 M. Die Revisoren erklärten, die Abrechnung für richtig befunden zu haben und wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus der Wahl ging hervor als Vorsitzender Kollege Schüßler, als Kassierer Koll. Wilhelm Meijer und als Schriftführer Kollege Wilhelm Eickel. Zu Revisoren wurden die Kollegen Karl Schüßler und Christian Schermuth gewählt. Sämtliche Kollegen verbrachten, zum Nutzen des Verbandes zu arbeiten. Zu Punkt Verschiedenes wurde Beschwerde geführt über die vielen Arbeitslosenmarken, die gelebt werden. Ermahnt wurde, es endlich ernst zu nehmen und nicht mehr Arbeitslosenmarken zu entrichten, wie man arbeitslos gewesen sei. Zum Schluß riefte der Vorstehende an sämtliche Mitglieder die Bitte, fleißig für unseren Verband zu agitieren, damit der leise Sudostwind in unseren Reihen fügt ist.

**Bonn.** Am 29. Dez. 1907 tagte im Vorposten Hof eine Gewerkschaftsversammlung der christlichen Bauhandwerker und Baufitsarbeiter Deutschlands, deren Besuch leider viel zu wünschen läßt. Der Sekretär, Kollege Miller, war verhindert in der Versammlung zu erscheinen, als Referent war daher Koll. Beuster erschienen. Der Vorsitzende Koll. Jahnowski eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Referat des Kollegen Beuster über Öffentl. 2. Verschiedenes. Kollege Beuster drückte zunächst sein Bedauern aus, daß von etwa 300 Mitgliedern kaum 60 erschienen waren. Da sei er es von den Versammlungen in Danzig ganz anders gewöhnt. Alsbald legte er uns den Begriff den das Wort Öffentl. in sich hat, auseinander, und an der Hand von Beispielen aus der Geschichte verbreitete er sich des näheren darüber und machte uns klar, daß auch wir in der Gewerkschaft diesen Mut zeigen müßten, denn wo keine Saat, da keine Früchte, wo kein Nut, da kein Sieg. Nur wenn die Arbeitgeber dieses bei uns sehen, Opferwilligkeit und guten Besuch der Versammlungen, dann erst wird Ihnen klar, daß sie es mit einem mächtigen Faktor zu tun haben, mit dem sie zu rechnen gezwungen sind. Gegenüber diesem Faktor kann es Ihnen ein leichtes sein, unsere Organisation zu brengen, denn wir haben es nicht mit einem fiktiven, mit zwei mächtigen Gegnern zu tun. Deshalb befahl er fleißige Aktion, und diese könnten wir nur dadurch erlangen, indem wir die Versammlungen pünktlich besuchen. In der Diskussion sprachen einige Kollegen zu dem Referat und schlossen sich ganz den Ausführungen des Referenten an. Unter Verschiedenem führte uns ein Kollege vor Augen, daß auch unter den Arbeitgebern eine große Uneinigkeit herrscht, was habe der Fall in Bonn an einem städtischen Gebäude gezeigt. Da sich niemand mehr zum Worte meldete, so erhielt Kollege Beuster das Schlußwort. In diesem ermahnte er uns, die Extrabeiträge, soweit dieselben noch nicht bezahlt sind, zu entrichten, und führte uns die Notwendigkeit derselben lebhaft vor Augen. Da wir im Jahre 1908 vor einer schweren Krisis stehen, die weissen Tarife ablaufen und die Arbeitgeber mit einer allgemeinen Abschaltung drohen, so müssen auch wir im Falle der Rot über eine starke Fase verfügen können. Außerdem bedeutet es für die Kollegen eine weitere Schädigung, da das Recht auf Unterstützung davon abhängt. Mit dem Wunsche, daß sich dieses im neuen Jahre bessern möge, und mit einem herzlichen Glückwunsch für das neue Jahr schloß der Redner seine Ausführungen. Somit wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

**Haus Arbeitgebervereinigungen.** Ein Gemeinschaft für das Baugewerbe für Mitteldeutschland mit dem Sitz in Leipzig hat sich konstituiert. Derselbe umfaßt das Königreich Sachsen, die Provinz Sachsen, Thüringen, Anhalt und die Provinz Sachsen. Derselbe ist dem Hauptverband der Arbeitgeber für das Baugewerbe unterstellt. Die Gründung ist ein weiterer Beweis für die Erstarkung und den einzigen Ausbau der Arbeitgeberverbände.

**Von den Arbeitsstellen.** Der Gewerkschaftsbericht in München. Unter dieser Überschrift bringt die sozialdemokratische Münchener Post Nr. 280 vom 7. Dez. 1907, der „Gewerkschaftsbericht“ (Nr. 51) und der „Baufitsarbeiter“ (Nr. 52), einen Teil im Vorstand über einstimmig vereinbart. Im besondern werden mehrere im Münchener Kon-

gewerbe fließt vorgekommene schwere Bauunfälle registriert. Nicht mit Unrecht wird dabei hervorgehoben, daß die Nichteinhaltung der überpolizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften verhängten Strafen über Unternehmer viel zu niedrig sind, um diesen eine strengere Beachtung der bestehenden Vorschriften einzuführen. Strengere Handhabung und härteres Einschreiten seitens des Staatsanwaltes sind dringend geboten. Dies ganz mit Recht. Aber sehen wir uns ein Beispiel der Medaille an. In dem betreffenden Urteil erkläre der Richter, daß bei dem Lagerhaus-Neukonsumverein Sendlitz-München in der Vorsitzesrieden den Baumeister Hans Dietrich ausführte, ein 20 Meter Schacht ohne jegliches Schutzgerüst ausgeführt wird. Dies war, daß ein Maurer, der Gründer einer fünfköpfigen Familie, in den Schacht fiel und starb, ohne das Bewußtsein wieder zu haben. Am gleichen Tage, an dem der verunglückte beerdigt wurde, starb infolge Mangels eines Schutzes wieder ein Maurer ab, der lebensgefährlich verletzt wurde. Ein Vertreter der Organisation sei bei dem betreffenden Unternehmer vorstellig geworden, und habe die Schlampe erklungen. Wer alles umsonst, es würde weitergewurstelt. Wenn ein Privatunternehmen wäre, so wäre eine solche kritische Beachtung der Organisationsvertreter nicht als zu verurteilen. Aber so ist es doch ein Genossenschaftsunternehmen und zwar ein sozialdemokratisches. Vierhundert der sozialdemokratische Konsumverein ist geradezu blamabel für die Sozialdemokratie und ihr Anhang. Weshalb im angeführten Falle der Staatsanwalt Hilfe angelebt wird, ist fast unerklärl. Zweifelsohne der Bauherr (der sozialdemokratische Konsumverein) bei der Arbeit selbst einen Einfluß auf die Einhaltung der bestehenden Vorschriften wahren kann. Warum ist es nicht gefährlich zu viel behauptet sein, wenn man die Meinung hat, an diesem Neubau nur welsche Genossen arbeiten. Denn dafür liegen aus der Vergangenheit genügend Beweise vor. Münchener Genossen eine rühmliche Ausnahme zu haben? Wir vermuten es nach den Vorfällen im vergangenen Sommer nicht zu glauben. Nun, sei dem, wie will, der Fall die gleiche Erziehung. Zur Arbeit nur patienten zu lassen, dann die Nachschließung der bestehenden Vorschriften, rücksichtslosche Wirtschaft. Vorsitzendes dokumentiert den zur Genüge, daß die Sozialdemokratie und ihr Anhang im bewußten oder unbewußten Gegensatz zu ihrer Vorschrift handelt. Eins aber ist so schlimm wie das andere.

## Briefkasten.

**Nach Kaimeroode.** Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.

## Bekanntmachungen.

Die bis zum 12. Januar gewählten Verwaltungsstellen werden hiermit bestätigt.

**Der Centralvorsitz.** J. A.: J. A. Wiedeb

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 43748 lautet Wendelin Jöbel von der Verwaltungsstelle Duisburg.

## Veranstaltungskalender.

**Düsseldorf (Kleinfreilegen).** Sonntag, den 26. Januar, Generalversammlung im Verbandslokal.

**München (Stellmacher).** Sonntag, den 19. Januar, 4 Uhr, im lath. Gefallenhaus, Generalversammlung.

## Sterbetafel.

Am 5. Januar starb unser Mitglied Max Leber

Verwaltungsstelle Ingolstadt

Ehre seinem Andenken!

## Verwaltungsstelle Dortmund.

Sonntag, den 2. Februar, vor 11 Uhr, Generalversammlung der Verwaltungsstelle Dortmund im christlichen Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht der Zahlstelle, 2. Quittung und Jahresstellenbericht, 3. Jahresbericht, 4. Neubau des Postes, 5. Regelung der Beiträge.

Alle Zahlstellen sind verpflichtet Delegierte zu entrichten, wenn möglich den Kassierer Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Um pünktliches Erscheinen ersucht.

**Der Vorsitz.** J. A.: Heinrich Pe

## Erlanggen.

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung im lath. Gefallenhaus.

Bölligliches Erscheinen notwendig; Mitgliedsbücher mitzubringen.

## Achtung! Gütersloh.

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr, Generalversammlung im evang. Vereinshaus.

Zahlreiches Erscheinen notwendig.

**Der Vorsitz.**

## Hochspercher.

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Verbandslokal, Generalversammlung mit Neuwahl des Vorsitzenden (1,60).

## Rausbeuren.

Sonnabend, den 25. Januar, abends 4 1/2 Uhr, im Verbandslokal „Zum Ochsen“ Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Gewerkschaftsbericht, 2. Wahl

Vorstandes.

Bölligliches Erscheinen notwendig.

**Der Vorsitz.**

## Weiden.

Sonntag, den 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, Generalversammlung im Aquarium.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Der Vorsitz.**

Generalversammlung mit Neuwahl des Vorsitzenden (1,60).

Wiederholung.

Generalversammlung mit Neuwahl des Vorsitzenden (1,60).

**Der Vorsitz.**